

Freiburger Handlungsplan:

Bürgerinformation und Bitte um Beteiligung kundiger Bürger(innen) mit Forderungen an unsere Politiker(innen)!

Unsere EU droht, ein undemokratisches und zentralistisches Imperium zu werden.

Den vielen klugen Zustandsanalysen in den Medien zur brisanten Lage der EU fehlt bei aller berechtigten und begründeten Kritik am wachsenden Transfer von staatlicher Souveränität nach Brüssel und von Steuergeldern und Bürgschaften an andere Staaten das entscheidende Element: Es fehlt nämlich ein konkret umsetzbarer Handlungsplan, um die Macht- und Meinungs-eliten in Deutschland zu einer klaren Richtungsänderung dieser fatalen Politik in Richtung: Demokratie und gute Nachbarschaft in Europa zu bewegen.

Es fehlt ein Handlungsplan zur Durchsetzung unveräußerlicher EU-föderalistischer Prinzipien:

- Rechts- und Vertragstreue,
- Entscheidungen nur mit demokratischer Legitimation,
- Subsidiaritätsprinzip,
- Staatliche Eigenverantwortung für Haushalt und Wettbewerbsfähigkeit,
- Erhalt der nationalen Identität.

Stattdessen versucht eine Mehrheit der von uns gewählten Politiker(innen), uns von der angeblichen ‚Alternativlosigkeit‘ ihrer weitgehend nicht demokratisch legitimierten Entscheidungen in Richtung: EU-Zentralismus, Transferunion und Haftungsgemeinschaft mithilfe von: Euro-Rettungsschirm, ESM und ‚Fiskalpakt‘ zu überzeugen.

Nur eine breite Basis kundiger Bürger(innen) kann diese EU-zentralistischen Politiker(innen) stoppen.

Dies gelingt durch öffentlichen, friedlichen, demokratischen Widerspruch und durch die überzeugende Androhung einer Abwahl bzw. Nichtwahl dieser Politiker(innen).

Gegenwärtig ist es für die Machteliten Deutschlands aus Regierung und Opposition recht einfach, kluge Analysen zu ignorieren und sich am Weiterbau einer zentralistischen EU mit einem undemokratischen, monströsen und teuren Beamtenapparat in Brüssel zu beteiligen.

Zu den Befürwortern gehört gegenwärtig die erdrückende Mehrheit von Politiker(inne)n der gegenwärtigen Regierungskoalition, denen es auch um den Erhalt der Macht geht und die der Bevölkerung ‚Alternativlosigkeit‘ und ‚Verantwortung für Europa‘ vorgaukeln.

Es gibt nur eine geringe Zahl von EU-föderalistischen Politikern, die sich offen gegen eine EU-Zentralregierung und eine EU-Zentralisierung wenden (z.B.: Philip Rösler), oder sogar den ökonomischen Unsinn von staatlicher Insolvenz-Verschleppung (z.B.: Frank Schäffler) anprangern.

Zu den Befürwortern gehört gegenwärtig auch die erdrückende Mehrheit aus SPD und Grünen, denen es vor allem um den Gewinn der Macht und noch dazu um mehr EU-Zentralismus geht.

Das mutlose, händeringende Nichtstun muß ein Ende haben. Die Zeit läuft uns davon!
Wir als Liberale müssen hier aktiv werden!

Bitte, unterstützen Sie diesen Aufruf, und lassen Sie uns eine gemeinsame Strategie überlegen!

**Für ein Europa als Föderation Souveräner Staaten
auf dem soliden Fundament von Kultureller Vielfalt, Vertragstreue und Wettbewerb,
nicht jedoch zum Preis von Inflation und Neuverschuldung durch ESM und EZB.**
